



Sonderagrarministerkonferenz „Wald“

Am 16.05.2022 fanden sich die Agrarministerinnen und Agrarminister von Bund und Ländern zu einer Sonder-Agrarministerkonferenz mit dem Schwerpunktthema „Wald“ zusammen.

Auf der anschließenden digitalen Pressekonferenz unter Leitung von Landwirtschaftsminister Sven Schulze, Sachsen-Anhalt, herrschte auffällige Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg, dass den Waldbesitzern schnell und dauerhaft geholfen werden muss. Im Hinblick auf den Klimawandel und die aktuellen Waldbrände hob der Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir die Bedeutung des Waldes als natürliche Klimaanlage hervor. Waldbesitzer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Wälder zu erhalten und diesen klimaresilient weiterzuentwickeln. Im Energie- und Klimafonds 2022 und 2023 sowie im Finanzplan bis zum Jahr 2026 seien hierfür Mittel in Höhe von insgesamt 900 Mio. Euro vorgesehen.

Das Thema Waldbrand sprach auch Minister Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern an. Es müssten schnell Lösungen geschaffen werden, um großen Waldbränden wie in den vergangenen Jahren zu verhindern. Die riesigen Schadflächen müssten schnell wieder zu einem neuen resilienten Wald werden. Dafür braucht es Geld – viel Geld. Das ist allen bewusst. Eine reine Flächenprämie schloss aber der zuständige Minister aus Brandenburg, Axel Vogel, aus. Die Waldbesitzer müssen in irgendeiner praktikablen Form nachweisen, dass sie für das Geld auch eine Leistung erbringen. Dazu würde sich die Inanspruchnahme der bestehenden Zertifizierungssysteme anbieten, da Einzelverträge mit jedem Waldbesitzer nicht möglich seien.

Holznutzung

Bei der Konferenz war auch eine Zustimmung zu der Nutzung des Waldes hörbar. „Wir müssen unsere Energie- und Rohstoffabhängigkeit neu bewerten. Das bedeutet, die Potenziale von Wald und Holz zu nutzen! Das stärkt unsere Versorgungssicherheit und das Erreichen der Klimaziele“, so der baden-württembergische Minister Peter Hauk.

Langfristige Hilfen

Die angekündigten 900 Mio. Euro für die nächsten Jahre bis 2026 sind nach Aussagen der niedersächsischen Ministerin Barbara Otte-Kinast nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. „Wer dem Wald ernsthaft helfen will, der stellt diese Summe pro Jahr für den Klimaschutz bereit.“ Auch Cem Özdemir betonte, dass die Hilfen jährlich erfolgen sollten. (Quelle: Forstpraxis.de)

Bei der Sonderagrarministerkonferenz hat Bundesminister Özdemir folgende Initiativen vorgestellt:

Novellierung des Bundeswaldgesetzes

- Bei der Novellierung des Bundeswaldgesetzes ergibt sich aus dem Koalitionsvertrag der Auftrag, mit den Eckpunkten zu einer guten fachlichen Praxis die Rahmenbedingungen für einen Waldbau hin zu artenreichen und klimaresilienten Wäldern mit überwiegend heimischen Baumarten zu schaffen

Novellierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetz

- Die zurückliegenden Kalamitäten in Folge der Klimakrise haben gezeigt, dass das im Jahr 1969 in Kraft getretenen **Forstschäden-Ausgleichsgesetz** den heutigen Erfordernissen nicht mehr gerecht wird.
- Das BMEL wird unter Einbindung von Bundesländern, Forst-, Holzwirtschaft, Wissenschaft und Umweltministerium nötige Anpassungen entwickeln.

Finanzierung der Ökosystemleistung der Wälder

Zeitnah wird eine **Förderrichtlinie zunächst mit Modul 1** entwickelt, mit dem zusätzliche Leistungen der Waldbesitzenden für den Klimaschutz und die Biodiversität finanziert werden sollen. Dafür sind in diesem Jahr 200 Millionen Euro vorgesehen. Weitere Module folgen. Zum Beispiel die Extensivierung der Nutzung in Wäldern, die einen besonders hohen Wert für die Biodiversität haben.

Holzbauinitiative

- Bauen mit Holz aus nachhaltiger, überwiegend heimischer Waldbewirtschaftung leistet einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz und zur Schonung endlicher Ressourcen.
- Im Koalitionsvertrag wurde deshalb die Umsetzung einer Holzbauinitiative vereinbart.
- Das BMEL setzt dabei u.a. auf den Abbau ungerechtfertigter Hemmnisse bei der Verwendung von Holz und weiteren nachwachsenden Rohstoffen, auf Optionen zur Stärkung der ressourcen- und materialeffizienten Verwendung von Holz und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.
- Zudem soll durch die verstärkte Förderung von Forschung, Innovation, Wissenstransfer und Bildung das klimafreundliche Bauen mit Holz und weiteren nachwachsenden Rohstoffen vorangetrieben werden. (Quelle: Pressemitteilung BMEL 16.05.2022)

Anmerkung:

Die Bereitstellung von 200 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt und die im Finanzplan bis zum Jahr 2026 vorgesehenen Mitteln zum Erhalt und der klimarobusten Weiterentwicklung der Wälder ist zu begrüßen. Dies ist ein wichtiges Signal für die von den Schäden besonders betroffenen und in finanzielle Engpässe getriebenen Forstbetriebe.

Von Januar 2018 bis April 2021 sind auf rund 501.000 Hektar Waldfläche Baumverluste zu verzeichnen. Der Verlust entspricht fast fünf Prozent der gesamten Waldfläche Deutschlands. Nach Berechnungen des Deutschen Forstwirtschaftsrates haben die Extremwetterereignisse zu Schäden von rund 13 Mrd. Euro geführt. Um zukünftig weiteren großflächigen Waldschäden vorzubeugen, sollten die Wälder in Deutschland darüber hinaus zur Anpassung an die steigenden Risiken des Klimawandels auf mehreren Millionen Hektar umgestaltet werden.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Thünen-Instituts ([Zukunftsaufgabe Waldanpassung \(thuenen.de\)](https://www.thuenen.de)): Wälder mit führender Baumart Fichte oder Buche sind auf einem Viertel der Gesamtwaldfläche (2,85 Millionen Hektar) einem hohen Risiko durch Trockenheit und Schaderregerbefall ausgesetzt. Die Wissenschaftler schätzen den erforderlichen Kapitalbedarf für den Waldumbau über die nächsten 30 Jahre in einer Größenordnung von 14 bis 43 Mrd. Euro.

Um die Wälder im Klimawandel weiterhin zu stabilisieren, ist weitere finanzielle Unterstützung für die vom Klimawandel besonders stark betroffenen kommunalen Forstbetriebe erforderlich. Die klimaresistente Wiederbewaldung und die Zukunftsaufgabe Waldumbau lassen sich nur mit Unterstützung von Bund und Ländern bewältigen.

(Quelle: DStGB-Aktuell 2022-15)

gr-ru